

**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung
gemäß § 46 Abs. 1 GO LT**

Abgeordnete Jörg Bode, Sylvia Bruns und Horst Kortlang (FDP)

Abtragen, abdecken oder rekultivieren - Wie geht es mit der Kalihalde in Ronnenberg weiter?

Anfrage der Abgeordneten Jörg Bode, Sylvia Bruns und Horst Kortlang (FDP) an die Landesregierung, eingegangen am 16.07.2019

Die Berichterstattung bezüglich der Kalihalde in Ronnenberg wirft Fragen über den künftigen Umgang mit der Rückstandshalde auf. Im August 2018 hieß es: „Ronnenberg: Kalihalde wird renaturiert“ (HAZ, 20.08.2018). Im April 2019 war es „Der Berg des Anstosses“ (NP, 26.04.2019). Dieser Bericht führte aus, dass die Rückstandshalde unmittelbar durch Wohnbebauung von drei Seiten eingefasst sei und um etliche Meter erhöht werden solle. Proteste, Bürgerinitiativen und Resolutionen hätten sich gegen das beabsichtigte Vorhaben organisiert und ausgesprochen. MdL Liebelt äußerte sich hierzu wie folgt: „Aber durch die direkte Wohnbebauung ist diese Halde eine Besonderheit. Hier muss eine andere Lösung gefunden werden“ (NP, 26.04.2019). Und weiter: „Umweltminister Olaf Lies (SPD) habe sich bereits über das Vorhaben informiert und werde bald nach Ronnenberg fahren“ (ebenda). Im Juni titelte die HAZ „Minister Lies will bei Besuch keine Öffentlichkeit“ (HAZ, 15.06.2019) und führt aus, dass ein „Austausch mit Bürgern“ nicht geplant sei und dass der Besuch der Halde von Minister Lies kein öffentlicher Termin sei. Dieser Besuch erfolgte am 08.07.2019 und hatte die Berichterstattung „Kalihalde: Olaf Lies will vertragliche Lösung“ (HAZ, 09.07.2019) zur Folge. Im Bericht wird über „Ummantelung (...) mit Bauschutt“ (ebenda) sowie über „die besondere Problematik einer geplanten Rekultivierung und Renaturierung des salzhaltigen Bergbauaushubs“ (ebenda) geschrieben. Und weiter: „Lies zeigte bei dem Rundgang schnell Verständnis für die Sorgen der Anwohner. Deren Besitz würde angesichts der geplanten Dimensionen für die Haldenabdeckung deutlich an Wert verlieren, beschrieb er seine Eindrücke. (...) ‚Ihr Zustand der Verunsicherung darf nicht weiterhin so andauern‘ sagte Lies. Es sei erforderlich, eine endgültige Lösung dafür zu finden, was mit der salzhaltigen Rückstandshalde geschehen solle. Die von der Firma Menke geplante Größenordnung der Abdeckung mit Bauschutt sei jedoch völlig unrealistisch“ (ebenda). Einen Tag später hieß es dann: „Absage für Deponie-Bau ... Olaf Lies (SPD) spricht sich gegen Anfüllen der Kali-Halde aus“ (NP, 10.07.2019), und weiter: „Lies sprach sich für eine Abdeckung und Rekultivierung des restlichen Haldenkörpers aus“ (ebenda). Es wird in den Berichten auch erwähnt, dass bei der Ausweisung des Baugebietes in der Nähe der Abraumhalde den Anwohnern die vollständige Beseitigung der Halde versprochen worden sei. Dies erfolgte auch zu einem Großteil „in der Zeit zwischen 1995 und 2003“ (Drucksache 18/2823, Seite 3).

1. Welcher Flächennutzungsplan bildet/welche F-Plan-Änderungen bilden die Grundlage für die relevanten Bebauungspläne, die das Wohnen in der Umgebung der Halde Ronnenberg regeln?
2. Gibt es im entsprechenden Flächennutzungsplan Aussagen über die Zukunft/den Umgang mit der Rückstandshalde Ronnenberg und, falls ja, welche?
3. Welcher Bebauungsplan/welche Bebauungspläne (Name, Datum der Erstellung und Änderungen) regelt/regeln das Wohnen in der Umgebung der Halde Ronnenberg?
4. Gibt es in den entsprechenden Bebauungsplänen Regelungen oder Aussagen über die Zukunft/den Umgang mit der Rückstandshalde Ronnenberg und, falls ja, welche?
5. Gibt es sonstige planerische, gutachterliche oder andere behördliche Festlegungen, die Regelungen oder Aussagen über die Zukunft/den Umgang mit der Rückstandshalde Ronnenberg treffen, und falls ja, welche?

6. Worauf bezieht sich die Aussage/das Versprechen, dass den Anwohnern bei der Planung des Baugebietes Ende der 70er-Jahre die Beseitigung der Halde versprochen worden sei, und wie belastbar ist diese Zusage?
7. Was ist diesbezüglich in den vergangenen Jahren passiert, und warum wurde die Beseitigung des Haldenkörpers eingestellt?
8. Wurde mit dem Abtrag des Haldenkörpers (ca. 2,15 Millionen t) der Halde Ronnenberg im Zeitraum 1995 bis 2003 und der Verwertung in der SchachanlageASSE eine Gewinnabsicht verfolgt und gegebenenfalls auch erzielt?
9. Was ist nach Kenntnis der Landesregierung mit dem restlichen Haldenkörper in Ronnenberg geplant, und weshalb spricht sich Umweltminister Lies gegen ein Anfüllen der Kalihalde aus?
10. Wer ist auf welcher Rechtsgrundlage für die Sicherung/Nachnutzung des Haldenkörpers in Ronnenberg verantwortlich?
11. Wie würde/soll sich die von Minister Lies befürwortete Abdeckung und Rekultivierung des verbliebenen Haldenkörpers in Ronnenberg aussehen/ausgestalten?
12. Wie war die Haltung/Einstellung von Minister Lies zur Nachnutzung der Haldenkörpers in Ronnenberg, als er noch Wirtschaftsminister war?
13. Hat sich in den vergangenen Monaten etwas an der Haltung von Minister Lies in Bezug auf die Abdeckung, den Abtrag oder die Rekultivierung des Haldenkörpers in Ronnenberg geändert und, falls ja, was hat sich geändert?
14. Welche Haltung hat die Landesregierung bezüglich des weiteren Umgangs mit dem Haldenkörper in Ronnenberg?
15. Ab wann wird die Nachnutzung des Haldenkörpers das Rechtregime des Bergrechts verlassen?
16. Ab wann würde aus der Nachnutzung des Haldenkörpers der Bau einer Deponie?
17. Gemäß Drucksache 18/2823 wurde im August 2018 das bergrechtliche Planfeststellungsverfahren begonnen (Antragskonferenz). Wie ist der Sachstand des bergrechtlichen Planfeststellungsverfahrens zur Abdeckung der Halde Ronnenberg?
18. Wie geht es planerisch und kommunikativ mit der Nachnutzung des Haldenkörpers in Ronnenberg weiter?
19. Ist eine Anfüllung des Haldenkörpers in Ronnenberg mit Bauschutt vom Tisch?
20. Wird sich die Landesregierung für eine anwohnerfreundliche und einvernehmliche Lösung bezüglich der Sicherung und Nachnutzung des Haldenkörpers in Ronnenberg einsetzen und, falls ja, wie?
21. Inwieweit waren Minister Lies, das MW oder/und das LBEG in die Erarbeitung der „im Jahr 2014 von der K+S vorgestellten Haldenstrategie“ (Drucksache 17/5015, Fragen 42 bis 44) involviert?
22. Was ist an der zitierten Aussage von MdL Schmidt, dass das „Wirtschaftsministerium (...) mit Nachdruck bei dem Konzern auf eine Lösung hingearbeitet (hat)“ (Drucksache 17/5015, Frage 42), dran?
23. Ist es zutreffend, dass Minister Lies „laut einem Pressebericht vom September 2016“ (<https://celleheute.de/buergerinitiative-kritisiert-verweigerung-von-akteneinsicht-durch-ministerium/>) die Haldenstrategie von K+S grundsätzlich begrüßt hat?
24. Inwieweit ist nachfolgende Berichterstattung zutreffend, „dass ein führender Mitarbeiter des LBEG (...) in einer öffentlichen Veranstaltung zur frühzeitigen Bürgerbeteiligung von K+S geäußert habe, das Konzept für die geplante Abdeckung sei von LBEG und K+S gemeinsam entwickelt worden“ <https://celleheute.de/buergerinitiative-kritisiert-verweigerung-von-akteneinsicht-durch-ministerium/>?

25. Hat die Landesregierung in den Jahren seit 2014 an der Erstellung der Haldenstrategie aktiv oder passiv Einfluss genommen/Einfluss ausgeübt oder diese unterstützt und, falls ja, wann, wie, warum und durch wen?
26. Hat die Landesregierung ab 2014 in Sachen Haldenstrategie auf Genehmigungsbehörden aktiv oder passiv Einfluss genommen/Einfluss ausgeübt und, falls ja, wann, wie, warum und durch wen?
27. Haben die Landesregierung oder Mitglieder der Landesregierung ab 2014 auf betroffene Kommunalpolitiker Einfluss in Sachen Haldenstrategie/Umgang mit Haldenkörpern genommen und, falls ja, wann, wie, warum und durch wen?
28. Haben die Landesregierung oder Mitglieder der Landesregierung ab 2014 auf betroffene Kommunalverwaltungen Einfluss in Sachen Haldenstrategie/Umgang mit Haldenkörpern genommen und, falls ja, wann, wie, warum und durch wen?
29. Haben die Landesregierung oder Mitglieder der Landesregierung ab 2014 bei betroffenen Kommunalverwaltungen jemals um Unterstützung in Sachen Haldenstrategie/Umgang mit Haldenkörpern gebeten und, falls ja, wann, wie, warum und durch wen?
30. Kann die Landesregierung „Absprachen auf höchster Ebene“ (<https://celleheute.de/buerger-initiative-kritisiert-verweigerung-von-akteneinsicht-durch-ministerium/>) „schon vor Beginn des Verfahrens“ (ebenda) in Sachen Haldenstrategie zwischen dem MW, dem LBEG und den jeweiligen Antragstellern, die das LBEG als Genehmigungsbehörde binden könnten, ausschließen oder bestätigen (bitte mit Erläuterung)?